

Antrag 177/I/2022**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Energieknappheit in Berlin frühzeitig begegnen**

1 In Anbetracht des Angriffskriegs Russlands auf die Ukrai-
2 ne und in dessen Folge möglicherweise eintretender Im-
3 portstopps von Öl und Gas oder der Aufkündigung der Lie-
4 ferung seitens Russlands fordern wir die SPD Mitglieder
5 des Berliner Senats sowie die SPD Fraktion des Abgeordne-
6 tenhauses dazu auf, umgehend Maßnahmen einzuleiten,
7 um im Land Berlin sowie den Berliner Bezirken den Ener-
8 gieverbrauch im Wohnsektor zu reduzieren und die Kapa-
9 zitäten erneuerbarer Energien zu erhöhen.

10

11 Zu den Maßnahmen für eine Reduzierung des Energie-
12 und Erdgasbedarfs in Berlin zählen:

- 13 • Einrichtung eines Sofortprogramms oder einer Task
14 Force durch den Berliner Senat, das/die zum Inhalt
15 hat, unter Aktivierung von Freiwilligenpotenzialen
16 die Bürger*innen aufzusuchen und über bspw. fol-
17 gende Aspekte zu informieren/ Tätigkeiten durchzu-
18 führen:
 - 19 – die Bürger*innen auf Einsparpotenziale hinzu-
20 weisen,
 - 21 – idealerweise mit Wärmebildkameras nach kal-
22 ten Stellen in der Wohnung/im Haus suchen,
 - 23 – bei der korrekten Einstellung von Heizsysteme-
24 men unterstützen (Entlüftung der Heizung,
25 Einstellung der Vorlauftemperaturen),
 - 26 – die Bürger:innen zu möglichen Förderpro-
27 grammen zu energetischen Einsparpotenzia-
28 len beraten,
 - 29 – bei Bedarf einfache Materialien für die Isolie-
30 rung bereitstellen.
- 31 • Priorisierung und Beschleunigung der Umset-
32 zung der im Koalitionsvertrag verankerten Solar-
33 Kampagne, ebenso der Ausbau von Solarthermie
34 und Wärmepumpen.
- 35 • Es soll zudem geprüft werden, ob die Einrichtung
36 von Wärmeräumen nötig ist, in denen sich Personen
37 aufhalten können, deren Wohnungen im Falle eines
38 Öl- oder Gasengpasses nicht genügend heizbar sind.
- 39 • Darüber hinaus sollen private Hausverwaltungen
40 auf Energiesparpotentiale hingewiesen werden so-
41 wie städtische Wohnungsbaugesellschaften ver-
42 pflichtet werden, entsprechende Maßnahmen um-
43 zusetzen.

44

45

46 Begründung

47 Deutschland hat sich sehenden Auges in die Abhängig-
48 keit von russischem Öl und insbesondere Gas begeben.

Empfehlung der Antragskommission**Zeile 35-43 Annahme, Rest Überweisung an FAX (Konsens)**

49 Auch unsere Partei hat sehr lange die Augen vor den mög-
50 lichen Gefahren dieser Abhängigkeit verschlossen. Die Ab-
51 hängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen schmäl-
52 lert jetzt die Reaktionsfähigkeit Deutschlands und der EU
53 auf Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Unabhängig
54 vom Ausgang des Krieges ist bereits jetzt klar, dass wir
55 den Bezug von russischem Gas, Öl und Kohle stark ein-
56 schränken wollen und müssen. Die EU plant, eine Redukti-
57 on von 66 Prozent bis 2027. Auch eine unmittelbare Reduk-
58 tion oder gar ein kompletter Stopp der russischen Liefe-
59 rungen ist denkbar. Neben der drohenden Energieknapp-
60 heit an sich, kann bereits an den jetzigen Preisen für Öl
61 und Gas abgelesen werden, welche finanziellen Belastun-
62 gen für die Berliner Bevölkerung und Unternehmen im
63 kommenden Winter möglich sind. Eine Reduktion des En-
64 ergieverbrauchs ist daher nicht nur aus verhandlungstak-
65 tischen Gründen gegenüber Russland nötig, sondern auch
66 aus ökonomischen sowie ökologischen Gründen. Insbe-
67 sondere für die Menschen in Berlin, die bereits jetzt ihre
68 Energierechnungen kaum bezahlen können, sind entspre-
69 chende Hilfestellungen nötig.

70 In Europa herrscht wieder Krieg! Das bedeutet auch, dass
71 wir alle uns aus unseren Komfortzonen bewegen müssen
72 und alle Hebel in Bewegungen setzen müssen, um die Si-
73 tuation für die Menschen in der Ukraine zu verbessern so-
74 wie mögliche Schäden von unserer Bevölkerung abzuwen-
75 den.